Ukraine-Krieg
NATO-Russland-Konflikt

Inhalt

Zeittafel: Ukraine-Krieg – der Weg in die Eskalation _____ **2**

Aufrüsten gegen Russland: »Durch Waffenlieferungen wird Konflikt noch blutiger« _
Friedenslösungen im Ukraine-Krieg werden in BRD torpediert. Berlin sollte auf Moskau zu-gehen.
Interview mit Prof. Johannes Varwick, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik _____ **4**

«Jede militärische Lösung führt in die Katastrophe!» – «Es braucht eine politisch-diplomatische Lösung in der Ukraine»
Interview mit Brigadegeneral a. D. Erich Vad, ehem. militärpolitischer Berater von Kanzlerin Angela Merkel _____ **5**

Schwere Waffen für die Ukraine: „Raus aus der Eskalationslogik“
Diplomatie statt Waffenlieferungen und Stellvertreterkrieg
Jürgen Wagner , Telepolis, 13.4.2022 _____ 9

Das Pentagon wirft Wahrheitsbomben ab, um den Krieg mit Russland abzuwenden
Joe Lauria, Consortiumnews,/NachdenkSeiten, 25.3.2022 _____ **11**

Top-Ökonom Jeffrey Sachs: „Die USA würden jahrelangen Krieg tolerieren. Sie würden viele Tote in Kauf nehmen“
WELT, 01.04.2022 _____ **12**

Die Hungerkrise:
Internationale Organisationen warnen vor Zuspitzung der globalen Hungerkrise durch den Ukraine-Krieg und die westlichen Sanktionen. Bereits jetzt nimmt der Hunger vor allem in Afrika zu. ____ 14

Oskar Lafontaine: Amerika treibt Europa in einen Atomkrieg
Kanzler Olaf Scholz im Würgegriff der Hasardeure von Washington: _____
Ein Verhandlungsfrieden mit Moskau wird immer dringlicher. _____ 17

Den Krieg durch Deeskalation und Verhandlungen beenden!
Redebeitrag von Joachim Guilliard auf dem Ostermarsch in Heidelberg am 16. April 2022 _____ 19

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Infos und Kontakt • www.antikriegsforum-heidelberg.de

Zeittafel: Ukraine-Krieg – der Weg in die Eskalation

1990:	**„2 + 4 –Vertrag“** Im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland versprechen zahlreiche westliche Staatschefs, die NATO werde nicht nach Osteuropa erweitert („*keinen Zoll weiter nach Osten!*“) **Charta von Paris** *„Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“* **KSE-Vertrag** (19.11.1990 - Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa) – beispiellose Reduzierung der Streitkräfte – neue Ansätzen für Sicherheit und Zusammenarbeit innerhalb des KSZE-Prozesses – neues Verständnis von Sicherheit in Europa
1991	Selbstauflösung des Warschauer Paktes NATO bleibt trotz Wegfall des Gegners bestehen und gibt sich ein neues Strategisches Konzept, neue „Risiken“, neue „Aufgaben“ …
1992	Im Oktober beginnen Luftwaffeneinsätze der NATO zur Überwachung und Durchsetzung einer „Flugverbotszone“ über Bosnien-Herzegowina
1994:	Mit der „Partnerschaft für den Frieden“ beginnt ein erstes Heranführungsprogramm für ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes.
1995	Ab 30. August: NATO-Luftangriffe gegen Stellungen bosnischer Serben in Sarajevo, Pale, Tuzla und Goražde.
1997:	NATO-Russland-Akte: im Tausch für die absehbare erste Ostexpansion, die Zusage der NATO, keine substantiellen Truppen dauerhaft in Osteuropa zu stationieren.
1999:	– **NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien**. Umgehung des UN-Sicherheitsrates, eklatanter Völkerrechtsbruch und gewaltsame Abtrennung des Kosovo. – Die NATO verabschiedet **neues strategisches Konzept**, in dem militärische Interventionen ohne UN-Mandat zum festen Bestandteil wurden. – **NATO-Expansion I**: Polen, Tschechische Republik und Ungarn. – **A-KSE:** Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags, die durch NATO-Erweiterung nötig wurde
2001	„Historische Rede“ Wladimir Putins im Bundestag, in der er für echte Partnerschaft und „Aufbau des gemeinsamen Hauses“ in Europa warb. Oktober: Beginn des 20jährigen **US- und NATO-Krieges in Afghanistan**
2002:	Austritt der USA aus dem Raketenabwehrsystemvertrag (ABM).
2003:	Beginn des **Irak-Krieges** Beginn der **„bunten Revolutionen“:** westliche Unterstützung beim Sturz pro-russischer Machthaber in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).

2004:	Russland ratifiziert A-KSE, die NATO-Staaten auf Druck der USA nicht **NATO-Erweiterung II**: Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, die Slowakei und Slowenien.
2007:	Rede Wladimir Putins bei der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er die westliche Expansionspolitik scharf kritisiert.
2008:	April: NATO räumt **Georgien und Ukraine Beitrittsperspektive** ein. August: Georgien beginnt mit US-Unterstützung eine Offensive gegen die abtrünnige Republik Süd-Ossetien. Russland schlägt diese militärisch im sog. Georgienkrieg zurück.
2009:	**NATO-Erweiterung III**: Kroatien und Albanien.
2010:	Beschluss zum **Aufbau einer NATO-Raketenabwehr**, die auch offensiv eingesetzt werden kann und daher aus russischer Sicht den INF-Vertrag verletzte. Abschussanlagen in Rumänien und Polen im Aufbau.
2011:	**NATO-Krieg gegen Libyen:** ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, da das UN-Mandat, mit dem er gerechtfertigt wurde, keinen Krieg autorisierte.
2014:	**Eskalation in der Ukraine** – „Euromaidan"-Proteste enden in einem vom Westen geförderten Umsturz, unter starker Beteiligung rechtsradikaler, bis faschistischer Kräfte – Abspaltung der Krim und Anschluss an Russland – Sezession von Donezk u. Luhansk, Beginn des bis 2022 andauernden Bürgerkrieges **NATO-Gipfel in Wales**: Verabschiedung des „Readiness Action Plan" (u.a. Erhöhung und Schaffung neuer „Schneller Eingreiftruppen"…).
2016:	NATO-Gipfel in Warschau beschließt permanente Stationierung von vier Bataillonen (4.000 – 5.500 SoldatInnen) in Osteuropa.
2017:	**NATO-Erweiterung IV**: Montenegro.
2018:	NATO-Krisenreaktionsinitiative (4X30): ab 2020 sollen 30 Bataillone zu Land, 30 Kriegsschiffe und 30 Flugzeugstaffeln innerhalb von 30 Tagen einsatzfähig sein.
2019:	**Aufkündigung des INF-Vertrages** durch US-Präsident Trump.
2020:	**NATO-Erweiterung V**: Nordmazedonien.
2021:	Aktivierung der „Multi Domain Task Force" und des 56. Artilleriekommandos (Sitz Wiesbaden). Deutlicher Hinweis für die US-Absicht, Kurz- und Mittelstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren darunter auch die Hyperschallwaffe „Dark Eagle". Ukrainische Militärdoktrin tritt in Kraft, die die ukrainische Integration in die NATO-Strukturen vorsieht und die Mitgliedschaft als Ziel formuliert. Ukrainischer Präsident erlässt Dekret, Maßnahmen zur Rückeroberung der Krim und des Donbass vorzubereiten – eine offene Abkehr vom Minsker Abkommen.

2022:	2. Feb.: US- und NATO-Ablehnungsschreiben zu den russischen Vertragsvorschlägen mit den drei Kernforderungen: keine NATO-Osterweiterung; Rückbau der militärischen NATO-Präsenz auf den Stand der NATO-Russland-Akte; keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen. 17. Feb.: In ihrer Antwort auf die Ablehnung, warnt die russische Regierung die NATO-Staaten, bei weiterem Ausbleiben von Sicherheitsgarantieren entsprechend zu reagieren – „auch mit militär-technischen Maßnahmen". Ab 16. Feb. nehmen laut OSZE Angriffe der ukrainischen Armee, die ihre Hauptstreitmacht im westlichen Donbass konzentriert hat, auf die Donbass-Republiken massiv zu. 21. Feb.: Moskau erkennt die Unabhängigkeit der Donbass-Republiken an. 24. Feb.: Die russische Armee marschiert in der Ukraine ein.

Aufrüsten gegen Russland: »Durch Waffenlieferungen wird Konflikt noch blutiger«

Friedenslösungen im Ukraine-Krieg werden in BRD torpediert. Berlin sollte auf Moskau zugehen. Ein Gespräch mit Johannes Varwick

Interview: Simon Zeise, junge Welt, 30.04.2022

Johannes Varwick ist Lehrstuhlinhaber für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg.
Von 2008 bis 2011 war er Mitglied des Advisory Panels des NATO Committee for Science for Peace and Security. Er ist Mitglied der Deutsch- Atlantischen Gesellschaft, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und war 2016 an der Erarbeitung des »Weißbuchs zur Sicherheit und zur Zukunft der Bundeswehr« beteiligt.
Ende 2021 initiierte Varwick mit Dutzenden Militärs, Sicherheits- und Friedensforschern sowie Diplomaten einen Appell zur »verstärkten Deeskalation im Verhältnis zu Russland«: - https://kurzelinks.de/Kein-Krieg

Der Bundestag hat am Donnerstag der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zugestimmt. Warum ist das ein Fehler?

Es gibt zwei große Gegenargumente: Das Erste ist: Wir werden durch Waffenlieferungen sukzessive Kriegspartei, und es fällt vermutlich eines Tages schwer, die Grenze vor einem aktiven Kriegseintritt aufrechtzuerhalten. Zweitens hat Russland die Eskalationsdominanz, die durch Waffenlieferungen an die Ukraine nicht geändert werden wird. Insofern ist zu erwarten, dass dieser Konflikt mit Waffenlieferungen nur blutiger und länger wird, sie aber am Ausgang nichts ändern.

Sie haben im Dezember letzten Jahres in einem öffentlichkeitswirksamen Aufruf vor einer Eskalation mit Russland gewarnt. Wie nehmen Sie die Debatte in führenden Kreisen in Deutschland war?

Die Bundesregierung hat einen Interessenausgleich mit Russland leider nicht zustande bekommen. Ich sage nicht, dass das einfach gewesen wäre. Aber sie hat es versäumt, die diplomatischen Verhandlungsspielräume seriös auszuloten. Insofern trägt sie eine Mitschuld an diesem Krieg.
Ich nehme eine Stimmung wahr, als ob der Krieg wieder der Vater aller Dinge ist. Das ist eine falsche Tonalität. Wir müssen auch rhetorisch wieder abrüsten und nicht so tun, als ob man mit Krieg Probleme lösen könnte.

Befürchten Sie, dass es zu einem Dritten Weltkrieg kommen könnte, wenn der Westen den Krieg in der Ukraine weiter anheizt?

Das ist leider nicht mehr ausgeschlossen. Allein der Gedanke daran ist bei Lichte betrachtet ein absoluter Wahnsinn. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass man solche Gedanken wieder durchspielt, sondern müssen mehr Energie darauf verwenden, einen großen Krieg abzuwenden.

Personen des öffentlichen Interesses wie Sie, die sich für eine Verhandlungslösung einsetzen, werden hart angegangen. Springers Bild titelte: »Über diese deutschen Experten freut sich Putin«. Tragen die Medien zum verschärften deutschen Kriegskurs bei?

Ja. Es ist Teil der Radikalisierung, dass der Diskursraum sehr verengt wird und jeder, der nicht auf Linie ist, gewissermaßen entweder als Putin-Freund oder als Naivling dargestellt wird. Ein völlig falscher Ton in der Debatte.

Wie kann eine Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg aussehen?

Das Erste, was wir jetzt brauchen, ist der Abschied von der Vorstellung, dass die Bundesregierung diesen Konflikt lösen kann. Berlin muss kluge Realpolitik machen. Dazu gehört, zu akzeptieren, dass die Ukraine ein neutraler, demilitarisierter Staat sein wird. Und dazu gehört auch, anzuerkennen, dass die Ukraine nicht die volle Souveränität über ihr Staatsgebiet behält. Das heißt, dass die Bundesregierung die Krim- und die Donbass-Frage pragmatisch angehen müssen wird. Und zwar nicht, weil es eine gute Lösung ist, sondern weil es das Einfrieren des Konfliktes bedeutet. Später kann über eine Friedenslösung nachgedacht werden. Eine solche wird nur umzusetzen sein, wenn sich die Position in Moskau verändert.

Sie waren in Beratergremien der NATO und der Bundesregierung tätig. Hat man in diesen Kreisen Verständnis für Ihre Position?

Hinter den Kulissen hört man Selbstkritik, das Russland nicht genügend eingebunden wurde. Gleichzeitig ist es zunehmend so, dass solche Stimmen aus dem Diskurs ausgeschlossen werden und im Prinzip eine Gruppendynamik einsetzt, in der Gegenpositionen nicht mehr wahrgenommen werden wollen. Schätzen Sie, dass die Bundesregierung noch ein Einsehen haben und auf Deeskalation setzen wird? Wir haben jetzt leider die Situation, dass jeden Tag aufs neue Tabus verletzt werden. Insofern kann ich nicht sagen, wo das endet. Ich hoffe, bei einem Frieden mit Russland.

«Jede militärische Lösung führt in die Katastrophe!»

«Es braucht eine politisch-diplomatische Lösung in der Ukraine»

Interview mit Dr. Erich Vad*

Zeitgeschehen im Fokus, Nr-7-8, vom-24.4.2022

Erich Vad, Brigadegeneral a. D., war von 2006–2013 militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel

Zeitgeschehen im Fokus *In einer deutschen Zeitung werden Sie zitiert, man müsse «den Krieg zwischen der Ukraine und Russland vom Ende her denken». Was meinen Sie damit konkret?*

Dr. Erich Vad Damit meine ich, wir müssen von einer wie auch immer gearteten späteren politischen Lösung zurückdenken und so agieren, dass spätere diplomatische Lösungen nicht verunmöglicht werden. Sie müssen für beide Seiten einen gesichtswahrenden Ausweg enthalten. Da sehe ich eine grosse Gefahr mit Blick auf die emotionsgeladene Debatte um Russland und seinen Präsidenten Putin.

Inwiefern?

Die durch den Überfall Russlands auf die Ukraine verständlicherweise erfolgte starke Abwertung seiner Person und Russlands, die Überbewertung von zivilen «Kollateralschäden» und Übergriffen, wie das mutmassliche Massaker, das unbedingt von einer unabhängigen Kommission untersucht werden muss und nicht schon stark vorverurteilt werden darf, bevor alle Fakten auf dem Tisch liegen, erschwert es, spätere politische Verhandlungen zu führen. Wir laufen dabei Gefahr, weiter auf dem Weg einer Eskalation ins Nirwana zu marschieren oder letztlich in einen nuklearen Krieg. «Vom Ende her denken» heisst für mich, sich bewusst zu sein, was für Folgen ein hemmungsloses emotionales Hochtreiben der Eskalation haben könnte.

Sie haben Putin erwähnt. Er wird zum einen als Aggressor verteufelt, und zum andern stellt man ihn als unfähig hin, weil er angeblich nicht mit der Ukraine fertig werde.

Man unterschätzt Putin in seiner Rolle. Es gibt Analysten, die sagen, Russland sei zwar eine Atommacht, aber ob Putin bereit sei, einen Nuklearkrieg zu führen… Ich muss sagen, das erinnert an kindliches Verhalten. Wenn man quasi testet, wie weit man gegenüber den Eltern gehen kann, ist das der Situation völlig unangemessen. Es ist hochgefährlich. Und es gibt tatsächlich auch Militärs, die dabei mitmachen. Sie unterschätzen, dass Russland eine potente Nuklearmacht ist.

Was aber im Moment passiert, ist doch, dass alle westlichen Staaten auf Krieg setzen…

Es ist ein grosser Fehler, auf militärische Lösungen zu setzen. Ich bin ein Militär. Wenn es militärische Lösungen sind, die zu Ende gedacht, in die Katastrophe führen, dann ist dieser Ansatz falsch, deshalb muss man «den Krieg vom Ende her denken».

Wie schätzen Sie den weiteren Verlauf ein?

Es könnte sein, dass der Krieg lange dauert und der Westen Russland zwingen will aufzugeben, ähnlich wie es der Nato in Afghanistan ergangen ist. Sie musste abziehen, weil die Kosten zu hoch waren und ein Erfolg in weite Ferne rückte. Aber das wird im Falle Russlands nicht passieren. Das Land könnte jahrelang durchhalten, wenn es das will – die Ukrainer auch, wenn die westlichen Unterstützungsmassnahmen weitergehen. Wir werden sehen, die Lösung wird darin bestehen, dass man am Schluss miteinander verhandelt. Man muss Wege suchen, die in einer Lösung enden und nicht in einer Eskalation, die uns am Schluss zu einem 3. Weltkrieg führt. Die Ausweitung des Krieges in der Ukraine, auch wenn er nicht mit Nuklearwaffen geführt würde, wäre fürchterlich. Für mich ist das keine rationale Option. Das meine ich auch, wenn ich sage: «Man muss den Krieg vom Ende her denken».

Nach Ihren Ausführungen – wohlgemerkt, die Ausführungen eines ehemaligen hohen Militärs – muss man wieder einmal feststellen, dass auf Seiten des Militärs oft mehr Vernunft und Weitsicht zu finden ist als bei vielen Politikern, die auf momentane Ereignisse meist nur emotional reagieren. Warum ist das so?

Personen mit militärischem Background wissen natürlich bis ins einzelne, was Krieg bedeutet. Man kann den nationalen Widerstand der Ukraine, das «heldenhafte Aufbegehren» gegen eine Macht wie Russland, positiv bewerten. Das ist etwas, was in Deutschland wohl kaum einer so kennt. Aber man muss natürlich klar sehen, was dieser Widerstand in einem urbanen Umfeld für Zivilisten für Konsequenzen haben wird.

Was hat das für Folgen?

Ein Häuserkampf wie z. B. in Mariupol ist etwas Blutiges, wie man es sich kaum vorstellen kann. Als Militär sieht man hinter diesem positiven nationalen Wehrwillen die Konsequenz, wohin das führt. Deshalb sage ich, je länger der Krieg währt, desto blutiger wird er, desto mehr zivile Opfer wird es geben, vor allem wenn die Verteidiger aus einem zivilen Umfeld heraus operieren und letztlich dadurch auch zivile Opfer in Kauf nehmen. Der Angreifer hat dann natürlich ein Problem. Um Kräfte und Blut zu sparen – denn ein Haus allein mit Soldaten freizukämpfen, braucht die 5 bis 10-fache Überlegenheit – ist es einfacher, das Gebäude mit einer Granate zu beschiessen und «Kollateralschäden» in Kauf zu nehmen. Das war immer das Vorgehen westlicher Staaten und ihrer Verbündeten. Russland hat den Kämpfern in Mariupol freien Abzug gewährt, wenn sie die Waffen niederlegen. Aber sie haben das abgelehnt und nehmen im fortgesetzten Kampf weitere Opfer in Kauf. Man muss dringend aus dieser Eskalationsspirale aussteigen.

Es ist wichtig, dass es in der ganzen Kriegshysterie kritische Stimmen gibt, die zum einen wissen, wo das hinführt, und zum anderen sich nicht scheuen, das auch öffentlich zu sagen…

Hier muss ich noch etwas anfügen. Die Ukraine fordert immer wieder eine Flugverbotszone. «Flugverbotszone» ist ein euphemistischer Begriff. Das klingt so wie «Parkverbot». Alle finden diese Idee gut. Aber wenn man das von der militärischen Seite her zu Ende denkt, bedeutet das im Klartext Krieg. Jemand muss die Einhaltung dieses Flugverbots überwachen und im Ernstfall bereit sein, russische Flugzeuge abzuschiessen. Damit ist man sofort im Krieg. Das betrifft auch die «Friedensmission», die von Polen angestossen wurde. Nach Kapitel 7 der Uno-Charta ist das eine Friedenserzwingungsmission und damit faktisch ein Kriegseintritt. Auch mit MIG-Kampfjets aus dem Nato-Gebiet zu operieren, ist ein faktischer Kriegseintritt. Damit wird das Eskalationspotential immer grösser.

Was sagen Sie zu der immer wiederholten Forderung nach der Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine?

Das ist faktisch ebenfalls ein Kriegseintritt. Mal schnell schwere Waffen zu geben – das ist nicht zu Ende gedacht. Panzer innerhalb von ein, zwei Wochen zu liefern, ist gar nicht machbar. Dazu bräuchte es eine Schulung auf dem Gerät. Man kann Leopard-Panzer nicht wie einen VW mal kurz nach Kiew schicken, nach dem Motto: «Steigt ein und fahrt los.» Dazu muss man Ausbildungspersonal und technisches Personal zur Verfügung stellen. Es braucht eine Logistik, eine Instandsetzungsabteilung, einen ganzen Apparat. Ohne diese Fachleute kann man mit dem «Leopard» nichts anfangen, und damit ist man faktisch am Krieg beteiligt. Diese ganzen Zusammenhänge werden völlig ausgeblendet, und man argumentiert, «alles zu tun, um der Ukraine zu helfen.»

Diese Vorschläge kommen meist aus der Politik. Man hat den Eindruck, dass ein Bewusstsein für die Situation völlig fehlt.

Da sind tatsächlich Politiker am Werk, die keine Ahnung vom Militär haben, geschweige denn je Militärdienst geleistet haben. Sie besitzen keine Vorstellung, was Krieg bedeutet. Das sind Menschen, die mit militärischer Gewalt nie etwas am Hut hatten, die in der jetzigen Situation völlig überfordert sind, die massive Waffenlieferungen befürworten und nicht im Geringsten eine Vorstellung davon haben, was das für Folgen haben könnte. Sie haben sich immer zum Pazifismus bekannt und nur Friedensbedingungen gekannt. Jetzt plötzlich werden sie mit militärischer Gewalt und Krieg konfrontiert, und zwar unmittelbar vor der Haustür. Das führt – gepaart mit Kriegsrhetorik – zu verhaltensauffälligen Übersprungsreaktionen, die unverantwortlich sind und politische Romantik beinhalten, die in der Konsequenz echt gefährlich sind.

Was auffällt, ist, dass in der aktuellen Berichterstattung frühere Kriege völlig ausgeblendet werden und das russische Vorgehen als etwas Neues und Einzigartiges dargestellt wird. Wie sehen Sie das?

Das Vorgehen der Russen, so problematisch es ist, gegen ein Nachbarland Krieg zu führen – das habe ich auch in einem anderen Gespräch gesagt – muss man in Relation zu den vergangenen Kriegen jüngeren Datums wie die Kriege gegen Serbien, gegen Afghanistan, gegen Irak, gegen Libyen, gegen Syrien sehen. In diesen Kriegen sind Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende von Zivilisten umgekommen, es gab Massaker, Übergriffe etc. So hart der Strassen- und Häuserkampf in Mariupol ist, aber wenn ich an Bagdad oder Falludscha denke, dann ist das nichts anderes. Verglichen mit diesen Kriegen fällt das Vorgehen der Russen, so schrecklich es partiell sein mag, nicht aus dem Rahmen, im Gegenteil: Die «Kollateralschäden» in der Ukraine sind weitaus geringer als im Irak oder in Afghanistan.

Das ist aber kein Thema, darüber wird nicht gesprochen, als wenn es das nie gegeben hätte.

Der grosse Unterschied liegt darin: Putin ist nicht Miloševic, und Russland ist nicht Serbien, Irak oder Afghanistan. Russland ist eine Nuklearmacht, und das ist der Denkfehler, den viele machen. Nehmen wir den Irak. Die USA sind dort eingedrungen, irgendwann sind sie wieder abgezogen. Der Schaden, den sie angerichtet haben, ist enorm und seine Auswirkungen spüren wir bis heute. In Afghanistan dasselbe, man hinterlässt ein Trümmerfeld, aber man zieht unbehelligt ab. Aber mit Russland geht das so nicht. Es gibt keine alles entscheidende «Vernichtungsschlacht» in der Ostukraine, die dann zu einer «militärischen Lösung» und damit zur Lösung des politischen Problems führt. Es braucht eine politisch-diplomatische Lösung in der Ukraine.

Wer hat von der Lösung auf dem Schlachtfeld gesprochen? War das nicht der Aussenbeauftragte der EU Josep Borrell?

Auch der ansonsten sehr differenziert argumentierende Graf-Lambsdorff hat gesagt, es gebe nur eine militärische Lösung, und deshalb müssten wir der Ukraine mit Waffen helfen. Nein, es gibt keine militärische Lösung! Es gibt nur eine politische Lösung. Jede militärische Lösung führt in die Katastrophe! Das muss man den Damen und Herren ganz deutlich machen. Russland wird nicht nach Hause gehen wie die USA und die Nato in Kabul. Letztere fliegen nach Hause, das Kapitel ist abgeschlossen. Es wird nicht mehr darüber geredet.

Ja, und wie es den Menschen in den 20 Jahren ergangen ist, darüber redet auch niemand. Wie viele unschuldige Zivilisten ums Leben gekommen sind, wie viele Kindheiten in Afghanistan, im Irak, in Libyen etc. zerstört wurden, darüber spricht kein Mensch…

Ja, das ist so. Jeder Mensch, der unschuldig in solch einem Konflikt zu Tode kommt, ist ein Mensch zu viel. Wenn man das quantifiziert, dann geht Russland in seinen militärischen Einsätzen nicht anders vor als die USA, die Briten oder andere Staaten mit Interventionsstreitkräften, die in den erwähnten Ländern gekämpft haben.

Warum fehlt es gänzlich, dass auf eine diplomatische Lösung hingearbeitet wird? Wir hören «Waffenlieferungen», «militärische Lösung», «Kampf gegen das Böse» etc., aber von einem Hinarbeiten auf einen Frieden erfährt man kaum etwas.

Das wundert mich auch. Vielleicht liegt es daran, dass die Europäer gar keine politische Mitgestaltung sehen, weil die politischen Entscheidungen über Krieg und Frieden in Washington, in Moskau oder in Peking gefällt werden, erst recht

nicht in Berlin. Es gab nach der Annexion der Krim die beiden Minsker Abkommen, an denen Frankreich und Deutschland und auch die Schweiz beteiligt waren. Die Fragen, die damals diplomatisch geregelt wurden, sind heute im Grunde genommen die gleichen: Wie sichert man die territoriale Integrität der Ukraine unter Einbezug und Berücksichtigung der russischen Minderheiten im Donbas? Brauchen wir dort eine Teilautonomie in den Grenzen der Ukraine?

Das wäre eine sinnvolle Lösung…

Ja, aber Selenskji hat das bisher verweigert. Aber vom Ende her gedacht, müssen wir an den Rahmen, der in diesen Abkommen gesteckt wurde, wieder anknüpfen, weil es anders gar nicht geht. Auch die Ukraine wird über Neutralität und Bündnisfreiheit – österreichisches Modell, Schweizer Modell – nachdenken müssen, anders wird es nicht gehen. Am Ende wird die politische Lösung dort angesiedelt sein. Dort müssen wir hinkommen.

Aber wann geschieht das?

Gerade jetzt wäre die Situation günstig, um hier herauszukommen. Die Russen, die weitestgehend aus Kiew abgezogen sind – das ist für mich ein Indiz, dass sie wohl den Regime-Change aufgegeben haben und sich auf den Donbas, die Krim und Mariupol konzentrieren, um eine Verbindung zu erhalten. Das sind meiner Ansicht nach gute Rahmenbedingungen für Verhandlungen, weil jede Seite aus der Position der Stärke in die Gespräche gehen kann. Die Ukraine hat sich erfolgreich verteidigt und führte einen erfolgreichen Abwehrkampf, zumindest bis jetzt. Russland könnte auf seiner Parade am 9. Mai militärische Teilerfolge zelebrieren. Aber ich sehe den politischen Willen nicht. Der scheint in den USA nicht vorhanden zu sein. Washington müsste sich bewegen und mit Russland ernsthafte Verhandlungen führen.

Das ist im Grunde genommen das, was die Russen verlangen. Sie wollen mit den USA verhandeln, denn nach ihrer Wahrnehmung bestimmen die USA Selenskijs Kurs. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Selenskij nicht schon längst auf einen Kompromiss mit Russland eingegangen wäre, aber die USA das nicht zulassen, weil sie mit dem Krieg Russland schwächen können.

Ja, man muss die Frage stellen: Cui bono? Im Grunde genommen ist es von aussen betrachtet so, dass die USA sehr davon profitieren. Das westliche Bündnis war schon lange nicht mehr so stark und geschlossen, wie es jetzt der Fall ist. Die 30 Nato-Staaten stehen zusammen, letztlich hinter den USA. In nahezu allen Staaten ist das Zwei-Prozent-Ziel erreicht, selbst in Deutschland (Rüstungsausgaben machen 2 % des BIPs aus), was vor ein paar Wochen noch unvorstellbar gewesen ist. Insofern ist das für die USA auch ein Vorteil, wenn man die wirtschaftlichen Konsequenzen sieht, aber die grossen Verlierer sind die Europäer, vor allem Deutschland.

Was wäre also von Deutschland aus zu tun?

Man müsste unbedingt eine diplomatische Initiative starten. Man kann die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel an vielen Punkten kritisieren, aber nach den Vorgängen 2014 hat sie massgeblich die Fäden in die Hand genommen und die diplomatische Initiative zur Ausarbeitung der Minsker Abkommen lanciert. So konnte sie politisch etwas bewegen. Wir müssen eine Lösung für die Situation nach dem Ende des Ukrainekriegs haben. Wir müssen die russischen Minderheiten schützen, die Situation im Donbas befrieden und den Prozess überwachen, die Frage der Krim regeln. Das alles kann nur auf diplomatischem Wege geklärt werden. Ich hoffe, dass Deutschland hier zu einem konstruktiven Mitgestalter wird.

Herr Dr. Vad, vielen Dank für das Gespräch.
Interview Thomas Kaiser

Schwere Waffen für die Ukraine: „Raus aus der Eskalationslogik“

Diplomatie statt Waffenlieferungen und Stellvertreterkrieg

Jürgen Wagner , Telepolis, 13.4.2022

Der deutsche Panzerbauer Rheinmetall würde gerne 50 seiner ausgemusterten Leopard-1 in die Ukraine schicken und erhält dabei unter anderem ausgerechnet von der grünen Außenministerin Annalena Baerbock Schützenhilfe: „Die Ukraine braucht weiteres militärisches Material – vor allen Dingen auch schwere Waffen“, so Baerbock. „Jetzt ist keine Zeit für Ausreden, sondern jetzt ist Zeit für Kreativität und Pragmatismus“. Im Lichte der aktuellen Debatte um diese Waffenlieferungen verdichten sich die Anzeichen, dass eine ganze Reihe wichtiger Akteure innerhalb von NATO und EU tatsächlich keinerlei Interesse haben, diplomatische Lösungen für den Ukraine-Krieg zu finden. Stattdessen soll die Lieferung schwerer Waffen zum präferierten Szenario führen: einem lang andauernden und blutigen Stellvertreterkrieg, der allerdings beträchtliche Risiken in sich birgt.

Europa ohne Diplomatie

Wenn es um Sanktionen oder Waffenlieferungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg geht, legt die Europäische Union eine hektische Betriebsamkeit an den Tag. Allein drei Tranchen à 500 Mio. Euro wurden über die Europäische Friedensfazilität freigeschaufelt, um Waffen für die Ukraine zu finanzieren. Krieg ist zur alleinigen Option der Union geworden, am 9. April 2022 twitterte zum Beispiel der EU-Außenbeauftragte Josep Borell: „Dieser Krieg wird auf dem Schlachtfeld gewonnen werden. Weitere 500 Mio. von der #EFF sind auf dem Weg. Die Waffenlieferungen werden maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der Ukraine sein.“

Auffällig ruhig ist es dagegen an der diplomatischen Front, weder wurde ein Sonderbeauftragter ernannt noch Unterhändlerteams gebildet oder auch nur eine Person beauftragt, die für die EU verhandeln könnte. Paradoxerweise zieht sich die EU hier auf eine Position zurück, als Waffenlieferantin an eine der Kriegsparteien sei sie nicht neutral und deshalb für Verhandlungen ungeeignet, schreibt etwa das Fachportal Bruxelles2 (übersetzt mit deepl.com):

„Im Gegensatz zu anderen Konflikten hat die Europäische Union keine Initiative ergriffen, um eine Vermittlung zu versuchen. Unter dem Vorwand, dass sie kein guter Vermittler sei, da sie eine der Kriegsparteien, die Ukraine, unterstütze.“
Dass die EU in diesem Konflikt alles andere als neutral ist, trifft natürlich zu, deshalb aber gleich jeden Versuch zu unterlassen, zu einer Verhandlungslösung beizutragen, deutet eher darauf hin, dass dies überhaupt nicht gewünscht wird. Gestützt wird dieser Verdacht zum Beispiel durch die Reaktionen auf die jüngste Initiative des österreichischen Kanzlers Karl Nehammer, der wenigstens den – leider erfolglosen – Versuch unternahm, diplomatische Verhandlungen mit Russland auszunehmen. So sollen mehrere EU-Staaten erneut nach Informationen des Fachportals Bruxelles2 hierüber regelrecht erbost gewesen ein (übersetzt mit deepl.com):
„Der österreichische Staatschef informierte den Präsidenten des Europäischen Rates ebenso wie den Hohen Vertreter. Er sei aber nicht im Namen der Europäischen Union mandatiert worden, präzisiert ein europäischer Diplomat. Auch [EU-Ratspräsident] Charles Michel blieb sehr zurückhaltend und äußerte nach unseren Informationen weder Zufriedenheit noch Bedauern über dieses Vorgehen. Mehrere Länder waren in der Tat ziemlich wütend über diesen Besuch. Und einige Minister haben dies am Montag (11.04.) während des Außenministertreffens mehr oder weniger offen zum Ausdruck gebracht.“

Michael Roth: „Mit allem, was wir haben…“

Auch Michael Roth von der SPD kann dem diplomatischen Versuch aus Österreich reichlich wenig abgewinnen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages äußerte sich gegenüber dem Deutschlandfunk, Putin sei ein „Schlächter“, es seien „alle Bücken abgebrochen“ und da könne man jetzt auch „nicht versuchen, neue Brücken aufzubauen“ – von einem Waffenstillstand will der SPD-Mann ohnehin faktisch nichts wissen:

„Von Friedensverhandlungen halte ich da jetzt erst einmal nichts, das muss direkt zwischen der Ukraine und Russland verlaufen und was mich bei den öffentlichen Aussagen des österreichischen Bundeskanzlers etwas enttäuscht hat ist, dass er da von einem Waffenstillstand gesprochen hat. Das ist völlig richtig, aber ein Waffenstillstand, ohne vollständigen Rückzug der russischen Truppen, von ukrainischem Staatsgebiet wäre ja nur eine Atempause für die russischen Truppen, die wahrscheinlich Russland derzeit dringend braucht, weil dieser Krieg ja nicht so läuft, wie sich das Russland und Putin am Anfang erwartet haben.“
Viel abgewinnen kann Roth dagegen der Vorstellung einer ukrainischen Gegenoffensive, die wohl zur Rückeroberung sämtlicher Gebiete führen soll – das wäre dann für Roth wohl der Zeitpunkt für Waf-

fenstillstandsverhandlungen, die dann aber ohnehin niemand mehr braucht:
„Es geht ja nicht mehr um Verteidigung, sondern es geht darum dass die Ukraine Territorien, die von der russischen Armee besetzt worden sind, zu befreien versucht. Das ist aus meiner Sicht die einzige Chance, um überhaupt zu einer Verhandlungslösung zu kommen. […] Es gibt die Forderung nach schwerem Gerät […] Wir haben aus meiner Sicht die Pflicht, der Ukraine auch beizustehen, wobei es eine klare rote Linie gibt: Wir werden als NATO keine Truppen schicken auf dem Boden oder in die Luft, aber ansonsten stehen wir mit allem was wir haben militärisch zur Verfügung".
Ganz ähnlich äußerte sich auch der ehemalige hochrangige deutsche NATO-General Egon Ramms, ebenfalls im Deutschlandfunk. Um den Vormarsch Russlands auf Kiew zu stoppen, habe das bisherige Gerät der Ukraine ausgereicht, für eine Offensive sei es aber ungeeignet.
„Wenn die Ukraine irgendwann in der Lage sein will, die Geländeteile, die durch die Russen oder auch durch die Separatisten erobert worden sind, wieder zurückzugewinnen, dann braucht die Ukraine dafür andere Waffen, als sie sie heute hat. Mit Fliegerfäusten und mit Panzerfäusten und mit kleinen Drohnen sind sie nicht in der Lage Geländegewinne zu erzielen und die Russen wieder zurückzudrängen. […] Diese Diskussion, sind wir Kriegspartei, sind wir keine Kriegspartei, ist eine ganz schwierige. Für mich zählt ein ganz anderer Punkt und den halte ich für ausgesprochen wichtig. Letztendlich verteidigt die Ukraine […] die Freiheit Europas. […] Von daher, aus meiner Perspektive, muss der Ukraine jede Unterstützung gewährt werden".

Halten wir fest: Ramms befürwortet also offensichtlich die Lieferung schwerer Waffen, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, verlorenes Gebiet zurückzuerobern. Im selben Atemzug räumt der Militär jedoch ein, dass hierdurch rasche Waffenstillstandsverhandlungen faktisch unmöglich werden – logisch bleibt hier nur wenig übrig als die Schlussfolgerung, dass eine Verhandlungslösung weit hinten auf seiner Prioritätenliste steht:

„Also der Krieg wird mit unverminderter Härte weitergehen. Ich erwarte, dass Putin oder die russischen Streitkräfte sich zunächst einmal jetzt auf die vollständige Eroberung der beiden Regionen Lugansk und Donezk beschränken werden und die Brücke über Mariupol bis zur Krim entsprechend besetzen und halten werden und dann muss man sehen, ob ihm das als Erfolge genügt, um dann tatsächlich an den Verhandlungstisch zu kommen. Und tatsächlich nicht nur mit Scheinverhandlungen, sondern mit echten Verhandlungen."

Befragt, was den passieren würde, sollte ein westlicher Transport mit schweren Waffen von Russland angegriffen werden, antwortete Ex-NATO-General Ramms:
„Dann hätten wir tatsächlich die Situation, dass Russland die NATO angreift, und von dem Augenblick an hätten wir mit Blick auf den Artikel 5 des NATO-Vertrages eine völlig andere Situation, eine völlig andere Rechtslage."
Einwurf der Deutschlandfunk-Redakteurin: „Aber es ging ja immer darum, genau das zu vermeiden."
Antwort Ramms:
„Das ist das Ziel der NATO. Und dieses Ziel hat die NATO ja bisher auch eingehalten und erreicht. Man hat zwar in der Größenordnung mehrere Zehntausend die NATO-Ostflanke verstärkt, aber man hat ganz bewusst die Linie gezogen auf dem NATO-Territorium und hat diese Linie bisher nicht überschritten. Und Waffenhilfe, wie sie Russland auch für andere Länder geleistet hat und leistet, ist in dem Falle für mich jedenfalls noch nicht das Überschreiten der Linie zum Artikel 5 beziehungsweise zum Verteidigungsfall."
Ganz abgesehen davon, dass die NATO ihre eigenen Waffenlieferungen an die Ukraine schwerlich als Verteidigungsfall werten dürfte, meint Ramms hier augenscheinlich, aus seiner Warte werde durch die westliche Unterstützung für Ukraine die Schwelle zum Kriegseintritt gegen Russland noch nicht überschritten. Hoffentlich sieht das Russland genauso, es ist aber unschwer zu erkennen, dass dieses Verhalten ein Würfelspiel mit der Katastrophe ist.

Angesichts der omnipräsenten Kriegstreiberei stammt aktuell eine der wenigen vernünftigen Stimmen von Brigadegeneral a.D. Erich Vad, dem ehemaligen militärpolitischen Berater von Altkanzlerin Angela Merkel, der bei web.de zitiert wird:

„Wir machen im Moment sehr viel Kriegsrhetorik – aus guter gesinnungsethischer Absicht. Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Wir müssen den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen."

Doch wie eingangs bereits erwähnt, scheint ein Großteil der relevanten westlichen Akteure hieran überhaupt kein Interesse zu haben. Viel wichtiger als die Gefahr einer weiteren Eskalation zu verringern scheint das Bestreben zu sein, Russland maximal zu schwächen und einen Denkzettel zu verpassen – die Menschen in der Ukraine werden dabei bedenkenlos für diese Ziele verheizt. Schon am 5. April berichtete die Washington Post, zahlreiche NATO-Staaten seien zu keinerlei Zugeständnissen

bereit, um diplomatische Verhandlungen voranzubringen: „Das führt zu einer unangenehmen Realität: Einige in der NATO halten es für besser, wenn die Ukrainer weiter kämpfen und sterben, als dass ein Friede herauskommt, der zu früh und mit zu hohen Kosten für Kiew und den Rest Europas verbunden ist.“

Das Pentagon wirft Wahrheitsbomben ab, um den Krieg mit Russland abzuwenden

von Joe Lauria, Consortiumnews,/NachdenkSeiten, 25.3.2022

Was genau sich in der Ukraine abspielt, wird vom Nebel des Krieges verschleiert. Laut Darstellung westlicher Leitmedien, die sich im Wesentlichen an ukrainischen Angaben orientieren, führt Russland einen Eroberungsfeldzug samt erbarmungslosem Kampf gegen die Zivilbevölkerung. Die Zahlen sprechen eine etwas andere Sprache:

Der Ukrainekrieg hat laut UN-Angaben vom 23. März seit Beginn der Offensive knapp 1.000 zivile Todesopfer gefordert. Selbst wenn diese Zahl in Wirklichkeit dreimal so hoch wäre – die „Vernichtung des ukrainischen Volkes“ sähe anders aus. Auch die These, dass Russland sich die Ukraine einverleiben will, hat prominente Kritiker, zum Beispiel den US-amerikanischen Militärexperten und ehemaligen UN-Waffeninspekteur im Irak, Scott Ritter. Er spricht von einer verhältnismäßig kleinen russischen Truppe – 200.000 russischen Soldaten – und einer allein zahlenmäßigen ukrainischen Übermacht von drei zu eins. Hätte Russland die Besetzung der Ukraine im Sinn, müsste das Kräfteverhältnis laut Ritter umgekehrt sein. Nun wird diese Sicht der Lage unterstützt von Stimmen ausgerechnet aus dem Pentagon, wie Joe Lauria auf Consortiumnews schreibt

Übersetzung: Susanne Hofmann

Das Pentagon wirft Wahrheitsbomben ab, um den Krieg mit Russland abzuwenden

von Joe Lauria, Consortiumnews, 23.3.2022

Zwei geleakte Stories aus dem Pentagon enthüllen die Lügen der Mainstreammedien darüber, wie Russland den Ukrainekrieg führt. Die durchgesickerten Stories haben das Ziel, der Propaganda entgegenzutreten, die bezweckt, die NATO in den Konflikt hineinzuziehen.
Das Pentagon führt einen entscheidenden Kampf mit dem Außenministerium und dem Kongress, um eine direkte militärische Konfrontation mit Russland zu verhindern, die ein vollkommen unvorstellbares Grauen des Krieges entfesseln könnte.

Präsident Joe Biden steht zwischen den Fronten. Bis jetzt schlägt er sich auf die Seite des Verteidigungsministeriums und sagt, dass es keine Flugverbotszone der NATO in der Ukraine geben kann, die russische Flugzeuge bekämpft, weil „man das den Dritten Weltkrieg nennt, okay? Lasst uns das klarstellen, Jungs. Wir werden nicht den Dritten Weltkrieg in der Ukraine austragen“.

„Präsident Biden hat klargestellt, dass US-Truppen nicht gegen Russland in der Ukraine kämpfen werden, und wenn man eine Flugverbotszone errichtet, alleine um eine Flugverbotszone einzurichten, muss man gegen russische Flugzeuge vorgehen. Und das würde uns wiederum in einen Krieg mit Russland bringen“, sagte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin Anfang März. Die US-Regierung plant, die russische Regierung mittels eines Wirtschaftskrieges in die Knie zu zwingen, nicht durch einen militärischen Krieg.
Doch der Kongress und die Presse üben unerbittlichen Druck auf das Weiße Haus aus, die NATO direkt in den Krieg eingreifen zu lassen – ohne Rücksicht auf Verluste. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, der in den westlichen Medien als virtueller Superheld bejubelt wird, schwankt zwischen der Offenheit, einen Friedensvertrag mit Russland auszuhandeln, und dem Ruf nach der NATO, sie möge den Himmel über der Ukraine „schließen“. Um sein Land zu retten, scheint er willens zu sein, die gesamte Welt in Gefahr zu bringen.

Derweil berichten westliche Konzernmedien, die sich nahezu ausschließlich auf ukrainische Quellen stützen, dass Russland dabei sei, den Krieg zu verlieren – seine Militäroffensive sei „zum Stillstand gekommen“, Russland habe es deshalb aus Frust auf Zivilisten abgesehen und mache Städte dem Erdboden gleich.
Biden schenkt diesem Teil der Story Glauben und nennt den russischen Präsidenten Wladimir Putin einen „Kriegsverbrecher”. Er sagt auch, dass Russland einen Chemieangriff unter falscher Flagge plane, um ihn der Ukraine anzuhängen.

Doch am Dienstag unternahm das Pentagon einen kühnen Schritt und leakte zwei Stories an Reporter, die diesen Märchen widersprechen. „Russlands Verhalten in dem brutalen Krieg erzählt eine andere

Geschichte als die weithin akzeptierte Sicht, dass Wladimir Putin darauf abziele, die Ukraine zu zerstören und möglichst großen Schaden unter der Zivilbevölkerung anzurichten – und es zeigt den strategischen Balanceakt der russischen Führung“, berichtete Newsweek in einem Artikel mit der Überschrift „Putins Bomber könnten die Ukraine dem Erdboden gleichmachen, aber er hält sich zurück. Hier lesen Sie die Gründe dafür.“
Der Text zitiert einen anonymen Analysten der Defense Intelligence Agency des Pentagon (DIA) mit den Worten: “Das Zentrum von Kiew wurde bisher kaum berührt. Und nahezu alle Langstreckenangriffe hatten militärische Ziele.“
Ein pensionierter Officer der US-Airforce, der jetzt als Analyst für einen Auftragnehmer des Pentagon arbeitet, fügte hinzu: „Wir müssen verstehen, wie Russland tatsächlich handelt. Wenn wir uns nur selbst davon überzeugen, dass Russland wahllos bombardiert oder nur deshalb nicht mehr Schaden anrichtet, weil seine Soldaten der Aufgabe nicht gewachsen sind oder weil Russland technisch nicht dazu in der Lage ist, verkennen wir den wahren Konflikt.“

Im Artikel heißt es: „Seit dem vergangenen Wochenende, in den 24 Tagen seit Beginn des Konfliktes, hat Russland rund 1.400 Angriffe geflogen und fast 1.000 Raketen abgeschossen (im Gegensatz dazu flogen die Vereinigten Staaten alleine am ersten Tag des Irakkrieges von 2003 mehr Einsätze und setzten mehr Waffen ein). …
Ein Teil dieser Angriffe hat zivile Strukturen beschädigt und zerstört und unschuldige Zivilisten getötet und verletzt, doch ist das Ausmaß von Tod und Zerstörung im Verhältnis zu Russlands Kapazität gering.

„Ich weiß, es ist schwer… zu schlucken, dass das Blutbad und die Zerstörung weit schlimmer sein könnten, als es der Fall ist”, sagt der DIA-Analyst. „Aber genau das zeigen die Fakten. Für mich sieht es danach aus, dass Putin nicht absichtlich Zivilisten angreift, sondern dass er vielleicht darauf bedacht ist, den Schaden in Grenzen zu halten, damit die Tür für Verhandlungen offenbleibt.“

Diese Pentagon-Quellen bestätigen, was Putin und das russische Verteidigungsministerium schon von Anfang an sagen: dass Russlands Angriff nicht ins Stocken geraten ist, sondern methodisch und planvoll vorgeht, um Städte einzukreisen, humanitäre Korridore für Zivilisten zu öffnen und zivile Infrastruktur wie Wasser, Strom und das Internet am Laufen zu halten und zivile Opfer möglichst zu vermeiden sucht.
Bevor dies aus dem Pentagon durchsickerte, war es schwierig, bestätigt zu bekommen, dass Russland die Wahrheit sagte und dass die Konzernmedien Märchen veröffentlichten, die die PR-Maschine der Ukraine fabrizierte.

Kein Hinweis auf Chemikalien

Der zweite Artikel untergräbt direkt Bidens dramatische Warnung vor einem chemischen Angriff unter falscher Flagge. Reuters berichtete: „Die Vereinigten Staaten haben noch keine konkreten Hinweise auf einen unmittelbar bevorstehenden russischen Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen in der Ukraine gesehen, überwachen jedoch die diesbezüglichen Geheimdiensterkenntnisse genau, sagte ein hochrangiger US-Verteidigungsbeamter.“

Reuters zitierte den Pentagon-Beamten mit den Worten: „Es gibt keinen Hinweis darauf, dass in dieser Hinsicht derzeit etwas unmittelbar bevorsteht.“ Weder die New York Times noch die Washington Post veröffentlichten den Reuters-Artikel, der in den obskureren U.S. News and World Report erschien.
Lassen Sie niemals zu, dass die Fakten einer guten Geschichte im Wege stehen – selbst wenn dies zu den verheerendsten Konsequenzen der Geschichte führen könnte.

Top-Ökonom Jeffrey Sachs: „Die USA würden jahrelangen Krieg tolerieren. Sie würden viele Tote in Kauf nehmen“

WELT, 01.04.2022

US-Starökonom Jeffrey Sachs hat viele Staaten Osteuropas in die Marktwirtschaft begleitet. Jetzt warnt er vor der US-Strategie, die auf einen langen Krieg in der Ukraine mit Tausenden von Toten hinauslaufe. Europa empfiehlt er einen anderen Weg.

Jeffrey Sachs kennt die Befindlichkeiten in Osteuropa. Der Ökonom hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mehrere Regierungen beim Übergang von zentral gelenkten Planwirtschaften zu Marktwirtschaften westlicher Prägung beraten. Er hat jahrelang den UN-Generalsekretär beraten. Am Rande des Global Solutions Summits sprach der Columbia-Professor mit WELT über den Ukraine-Krieg. Er fordert die Nato, die USA und vor allem die Europäische Union auf, im Ukraine-Krieg auf

Verhandlungen statt auf Waffenlieferungen zu setzen. Die US-Regierung sei bereit, einen jahrelangen Krieg mit Tausenden von Toten in Kauf zu nehmen. Das sei unmenschlich – und auch nicht im Interesse Europas.

WELT: In Deutschland und Europa wird darüber gestritten, Energiesanktionen gegen Russland zu verhängen und Putin so von den Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft abzuschneiden. Wäre das die Maßnahme, die Putin zum Einlenken bewegen und den Ukraine-Krieg beenden könnte?

Jeffrey Sachs: Was den Ukraine-Krieg beenden könnte, sind die Angebote, die Präsident Wolodymyr Selenskyj Russland vor den Verhandlungen in Ankara am Wochenanfang gemacht hat. Eine neutrale Ukraine, Autonomie für den Donbass und die Bereitschaft, den Krieg am Verhandlungstisch zu beenden; das sind Grundlagen für einen Frieden. Die Europäische Kommission, Deutschland und die anderen EU-Länder sollten sich jetzt darauf konzentrieren, eine schnelle Verhandlungslösung zu fördern. Es wird ständig über Sanktionen oder militärische Hilfen geredet, aber nicht genug darüber, wie eine Verhandlungslösung aussehen könnte.

WELT: Aber sind nicht Sanktionen der Beitrag des Westens, um Russland überhaupt an den Verhandlungstisch zu bringen – zusätzlich zur Widerstandskraft des ukrainischen Militärs und der dortigen Zivilbevölkerung?

Sachs: Sanktionen sind kein Selbstzweck. Die Sanktionen werden die russische Wirtschaft in die Knie zwingen und sie werden weiter die Weltwirtschaft destabilisieren. Aber Sanktionen allein werden scheitern, werden nicht die Kämpfe beenden und nicht die Sicherheit der Ukraine sicherstellen. Sanktionen sind sinnvoll als Teil von Verhandlungen, aber nicht allein. Deshalb sollte der Westen sie beibehalten, bis ein Friedensvertrag unterzeichnet ist, dann aber aufheben.

WELT: Bis dahin kann es noch dauern. Bei den Verhandlungen in Ankara wurden offenbar Fortschritte erzielt, aber niemand ist sicher, ob man Russlands Verhandlungstaktik trauen kann. US-Präsident Joe Biden hat die Welt gerade erst auf einen langen Konflikt eingeschworen.

Sachs: Die USA lieben die Eskalation von Konflikten. Ich beobachte sehr genau, welche Vorschläge und Botschaften aus den USA kommen. Die US-Regierung will die Gelegenheit nutzen und Russland in die Knie zwingen. Aber Europa sollte sich darauf nicht einlassen. Künftige Generationen in Europa müssen mit Russland als Nachbar leben. Biden hat in der Tat gesagt, dass wir uns für einen langen Konflikt wappnen sollen. Das ist eine schreckliche Idee. Ein langjähriger Kampf; da spricht ein alter amerikanischer Mann mit Erinnerungen aus dem Kalten Krieg. Da spricht kein Mann der Zukunft. Die Welt sollte sich nicht auf einen langen Kampf vorbereiten. Sie sollte darauf hinarbeiten, den Krieg mit Verhandlungen zu stoppen. Das ist eher möglich, als die US-Regierung glaubt.
Die EU sollte vorrangig auf eine Verhandlungslösung setzen und zusammen mit der Ukraine Vorschläge für eine Einigung machen. Wenn die Vorschläge der EU und der Ukraine vernünftig sind, werden sich die meisten Länder der Welt dahinter stellen.

WELT: Das klingt, als würden Sie der USA Kriegstreiberei vorwerfen.

Sachs: Die USA betreiben Expansionspolitik. Das ist der Geist in Washington. Der USA geht es um die Vorherrschaft in der Welt. Ich frage Sie: Wer denkt denn noch so im 21. Jahrhundert?

WELT: China?

Sachs: Nein. China sagt immer, dass es eine multipolare Weltordnung anstrebt. Das müssen wir glauben. Die US-Regierung redet über die Bedeutung der US-Vorherrschaft. Das ist ein echtes Problem.

WELT: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel werden am Freitag mit Chinas Präsident Xi Jinping sprechen. Wie können Sie China dazu bringen, Einfluss auf Russland zu nehmen.

Sachs: Die EU sollte Xi Jinping nicht belehren, nicht an den Pranger stellen und ihm vor allem nicht drohen. Die EU-Vertreter müssen Xi Jinping klarmachen, dass sie mit China zusammenarbeiten wollen, um diesen Krieg zu beenden. Da muss es auch um die langfristige Zusammenarbeit gehen, beim Klima beispielsweise. Wir brauchen eine tiefer gehende Beziehung, keine beschädigte; das muss die Botschaft der EU sein. Wenn die EU solch eine kooperative Sprache findet, wäre viel gewonnen, für Europa und für die ganze Welt. Die USA können das nicht, aber die EU kann das.

WELT: Putin treibt mit seinem Kriege aber andere Länder in das Bündnis mit den USA. Staaten wie Finnland denken jetzt über eine Nato-Mitgliedschaft nach.

Sachs: Finnland war in den vergangenen Jahren laut dem World Happiness Report das glücklichste Land der Welt. Finnland ist die Nummer eins beim nachhaltigen Wirtschaften. Finnland geht es gut. Die Finnen sollten neutral, glücklich und friedliebend bleiben. Grundsätzlich sollten wir auf ein Sicherheitsarrangement hinarbeiten, das Russland weniger stark provoziert. Aber ich gebe auch zu: Wenn

Russland ein Nato-Land oder Finnland angreifen sollte, dann ist alles, was ich sage falsch.

WELT: Sollte die Ukraine ein Mitglied der EU werden? Darauf dringt Selenskyj.

Sachs: Die Ukraine sollte ein EU-Mitglied werden, irgendwann aber nicht sofort. Ich habe von Anfang an eine EU-Mitgliedschaft für die Länder im Einflussbereich der ehemaligen Sowjetunion gefordert. Die EU-Grenze darf aber nichts sein, was Spannungen erzeugt oder als Bollwerk gegen Russland gilt. Deshalb wäre ich bei der EU-Mitgliedschaft vorsichtig.

WELT: Wenn Sie so reden, haben Sie nicht Angst, als Putin-Freund zu gelten?

Sachs: Ich bin vor allem ein Freund der Ukraine. Die Ukraine darf nicht für Generationen ein Schlachtfeld werden. Ich weiß, wozu die USA fähig sind. Die US-Regierung kann jahrelang Waffen liefern, mit denen getötet und zerstört wird. Das haben die USA in Afghanistan getan, im Irak oder in Syrien. Ich will nicht, dass sich das in der Ukraine wiederholt. Die Ukraine verdient Frieden. Dafür muss die Ukraine auch verstehen, dass sie keinen militärischen Sieg erringen wird. Die US-Regierung nährt diese Erwartung. Die USA feuern ihre Freunde an und lassen sie dann auf dem Schlachtfeld zurück.

WELT: Aber Putin ist in die Ukraine einmarschiert. Er ist der Aggressor.

Sachs: Was Russland tut, ist grauenhaft und inakzeptabel. Russland muss das Töten einstellen und damit aufhören, die Ukraine zu zerstören. Aber ich kenne auch die Sicherheitskreise in den USA gut und sie würden einen Krieg tolerieren, der viele, viele Jahre dauert. Die USA würden viele Tote und viel Zerstörung in Kauf nehmen, einfach weil sie auf Prinzipien besteht. Für mich sind es nicht die richtigen Prinzipien. Die USA lassen nie endende Kriege wie in Afghanistan oder Libyen zu, solange sie nicht auf US-Gebiet stattfinden. Die USA dürfen ihre Moral nicht auf Kosten anderer durchsetzen. Um es noch einmal zu betonen: Dass ich so etwas sage, macht mich nicht zum Freund Putins. Mir geht es um Frieden.

Die Hungerkrise:

Internationale Organisationen warnen vor Zuspitzung der globalen Hungerkrise durch den Ukraine-Krieg und die westlichen Sanktionen. Bereits jetzt nimmt der Hunger vor allem in Afrika zu.

german-foreign-policy.com, 29.04.2022

BERLIN/KIEW (Eigener Bericht) – Mehrere internationale Organisationen warnen mit Nachdruck vor einer weiteren Zuspitzung der globalen Hungerkrise durch den Ukraine-Krieg und die westlichen Sanktionen. Schon jetzt seien in Ostafrika rund 20 Millionen Menschen durch eklatanten Mangel an Nahrungsmitteln „lebensbedrohlich geschwächt“, berichtet die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgiewa.
Ursache ist, dass Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland ausbleiben – wegen kriegsbedingter Blockaden und sanktionsbedingt entfallender Transportmöglichkeiten. Wegen des Mangels geht die Weltbank von einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise um 37 Prozent aus; dies werde zahlreiche ärmere Länder in eine Schuldenkrise treiben, urteilt Weltbankpräsident David Malpass.
Beobachter warnen, Hunger und Armut drohten in politische Instabilität umzuschlagen und soziale Unruhen hervorzurufen. Während die Bundesregierung an einer „Getreidebrücke“ arbeitet, die ukrainisches Getreide über Nordsee- und Adriahäfen verschiffen soll, fordert Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, den Hunger mit einer Ausweitung der Waffenlieferungen an die Ukraine zu bekämpfen.

Die „Getreidebrücke“

Deutschland ist derzeit bestrebt, große Mengen an Getreide aus der Ukraine zu schaffen. Berichten zufolge arbeitet die Bundesregierung an der Einrichtung einer sogenannten „Getreidebrücke“, mit der 20 Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine in die EU befördert werden sollen. Ziel sei es, eine „Welthunger-Katastrophe abzuwenden“, erklärt der Schienenverkehrsbeauftragte im Bundesverkehrsministerium, Michael Theurer.[1]

Insgesamt sollen 20.000 Züge eingesetzt werden, um die ukrainische Getreideernte aus dem Kriegsland zu exportieren. Hintergrund ist die kriegsbedingte Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen, die einen Export des ukrainischen Getreides unmöglich macht. Russland und die Ukraine zählen zu den weltweit wichtigsten Produzenten von Nahrungsmitteln; sie sorgten vor dem Krieg für 20 Prozent der Mais- und sogar 30 Prozent der Weizenexporte weltweit. Laut den Plänen der Bundesregierung und der Bahn-Tochterfirma DB Cargo soll das Getreide in Häfen an der Adria oder an der Nordsee transportiert werden, um es in Länder wie Äthiopien, den Libanon oder Indonesien zu verschiffen, die

„auf Getreide aus der Ukraine angewiesen“ seien. Im Zusammenhang damit seien noch Fragen der „Wettbewerbsneutralität“ zu klären, heißt es. Berlin habe für die „Getreidebrücke“ bereits 430 Millionen Euro veranschlagt; involviert seien auch die Bahnkonzerne Polens, Tschechiens, der Slowakei und Rumäniens. Als Voraussetzung gilt, dass die russischen Streitkräfte das ukrainische Schienennetz auch weiterhin nicht substanziell zerstören. Geplant ist zugleich, „landwirtschaftliches Gerät“ inklusive Ersatzteile in die Ukraine zu exportieren.

Mit Waffen gegen Hunger

Anlässlich einer Tagung der Weltbank in Washington plädierte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) Mitte April darüber hinaus für ein weltweites „Bündnis für globale Ernährungssicherheit“, das „Millionen Menschen vor dem Hungertod ... bewahren“ solle.[2] Vorbild solle die in Reaktion auf die Covid-19-Pandemie gegründete Covax-Initiative sein, die einen „gerechten Zugang zu Coronaimpfstoffen“ gewährleiste. Laut Schulze soll das „Bündnis für Ernährungssicherheit“ auf den Erfahrungen mit Covax aufbauen und diese auf den „Einsatz gegen die Ernährungskrise“ übertragen. Nach Ansicht von Kritikern ist die Covax-Initative allerdings weitgehend gescheitert [3] – unter anderem an der Weigerung Berlins [4], die Impfpatente freizugeben. Derweil fordern weitere Mitglieder der Bundesregierung, im Kampf gegen den Hunger der Ukraine mehr Waffen zu liefern. Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir dringt Berichten zufolge auf eine „Ausweitung der Waffenlieferungen in die Ukraine“, um dadurch „eine globale Hungerkatastrophe abzuwenden“.[5] Laut Özdemir zerstören die russischen Streitkräfte „gezielt auch landwirtschaftliche Infrastruktur und Lieferketten“; Moskau wolle weltweit Konflikte schüren, indem er den „Hunger verstärke“. Von der russischen „Strategie des Aushungerns“ seien vor allem die Länder Afrikas betroffen. Deutschland müsse die Ukraine deshalb „mit weiteren wirkungsvolleren Waffen“ beliefern.

Weltbank: „Menschliche Katastrophe“

Tatsächlich droht der Krieg in der Ukraine laut Einschätzung der Weltbank den globalen Hunger, der schon im Gefolge der Pandemie stark zugenommen hat, zu einer umfassenden „menschlichen Katastrophe“ auszuweiten.[6] Die Weltbank geht demnach von einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise um 37 Prozent aus; das werde die Ernährungslage von „Hunderten von Millionen Menschen“ verschlechtern. Der breite und anhaltende Preisauftrieb betreffe Grundnahrungsmittel aller Art – „Öle, Getreide und andere Nutzpflanzen wie Mais“, warnt Weltbankpräsident David Malpass. Es gebe zwar noch große Vorräte und trotz des Krieges „genug Essen auf der Welt, um alle zu ernähren“; doch müssten die Nahrungsreserven auch „geteilt oder verkauft“ werden, um die Nahrung „dort zu bringen, wo sie benötigt wird“. Überdies warnt die Weltbank vor einer „Krise in der Krise“: Viele „Entwicklungsländer“ seien nicht in der Lage, ihre wachsenden Schuldenberge zu bedienen, und drohten unter diesen zusammenzubrechen. Demnach befinden sich „60 Prozent der ärmsten Länder“ in oder am Rande einer Schuldenkrise.

Ernährungsunsicherheit und Instabilität

Wie die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgiewa, warnt, kann der rasch zunehmende Hunger im globalen Süden überdies zu politischer Instabilität und sozialen Unruhen führen.[7] Die schlechte Nahrungsversorgung von Menschen in Entwicklungsländern gebe „Anlass zu großer Sorge“; die Staatenwelt müsse unverzüglich handeln, da ansonsten mehr Hunger, Armut und soziale Unruhen drohten – eine „schreckliche“ Alternative. Dies sei insbesondere in Ländern der Fall, die sich „seit Jahren bemüht haben, Instabilität und Konflikte hinter sich zu lassen“, erläuterte Georgiewa. Besonders gefährdet seien Äthiopien, Somalia und Kenia. Am Horn von Afrika seien inzwischen „rund 20 Millionen Menschen“ durch Mangelernährung und Hunger „lebensbedrohlich geschwächt“. Schon vor Ausbruch des Krieges hätten „283 Millionen Afrikaner“ nicht genug zu essen gehabt, warnte die Welternährungsorganisation (FAO); nun dürften es allerdings noch „sehr viel mehr“ werden, da „fast alle Länder Afrikas Weizen aus der europäischen Krisenregion“ bezogen.[8] Besonders krass sei die Abhängigkeit in Ostafrika, wo die Ernährungslage für 81 Millionen Menschen „unsicher“ sei.

Hunger in der arabischen Welt

Ähnlich verhält es sich in der arabischen Welt. In Ägypten und Tunesien bestehen ebenfalls enorme Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln; der Staatspräsident Tunesiens, Kaïs Saïed, sprach jüngst von einer Gefährdung des sozialen Friedens in dem Land, in dem Ende 2010 die arabischen Revolten ihren Ursprung hatten. Tunesien deckt die Hälfte seines Weizenbedarfs durch Importe aus Russland und der Ukraine. Besonders dramatisch gestaltet sich die Lage im Libanon, wo eine Wirtschafts- und Finanzkrise ohnehin zu einem raschen Anstieg der Armut und Unterernährung geführt hat.[9] Das krisengeplagte Land, in dem inzwischen 80 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze vegetieren und sich kaum Grundnahrungsmittel leisten können, hat vor dem Krieg rund 80 Prozent seines Weizenbedarfs mit Einfuhren aus Russland und der Ukraine gedeckt. Im Jahr 2020 exportierte die Ukraine als fünftgröß-

ter Weizenproduzent weltweit das Grundnahrungsmittel nach Ägypten (im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar), Indonesien (554 Millionen US-Dollar), Pakistan (496 Millionen US-Dollar), Bangladesch (295 Millionen US-Dollar) und in den Libanon (239 Millionen US-Dollar).

Der Krieg als Beschleuniger

Bei alledem ist der Krieg gewissermaßen nur ein Beschleuniger der Hungerkrise: Mangelernährung und Hunger waren bereits vor Kriegsbeginn weltweit auf dem Vormarsch. Im Jahr 2020 stieg die Anzahl der Menschen, die keinen „adäquaten Zugang zu Lebensmitteln“ haben, um 320 Millionen auf 2,37 Milliarden.[10]

Von Südamerika bis zur Ukraine

Da Russland und Belarus zu den wichtigsten Exporteuren von Düngemitteln zählen, leiden auch viele Agrarsektoren in anderen Ländern – etwa in Brasilien oder Peru –, in denen aufgrund der kriegs- und sanktionsbedingt explodierenden Preise für Düngemittel die Ernte gefährdet und soziale Unruhen drohen.[11] In Ecuador wiederum kollabiert aufgrund der Sanktionen der für das Land ungemein wichtige Bananenexport: Russland war für das südamerikanische Land ein wichtiges Exportziel; die Sanktionen verhindern nun die Lieferungen. Während die Südfrüchte tonnenweise Containern verrotteten, hätten bereits 6.000 Beschäftigte ihre Arbeit verloren, wird berichtet. Der Bananenanbau generierte in dem Andenstaat 50.000 Arbeitsplätze; indirekt schuf ersogar 250.000 Jobs.[12] Nicht zuletzt trifft der Hunger auch die Ukraine selbst, wo Millionen Menschen unter den direkten Folgen des Krieges oder dessen sozialem und wirtschaftlichem Fallout leiden.[13] Laut Schätzungen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen sind rund 20 Prozent der ukrainischen Bevölkerung von Mangelernährung betroffen; sie müssen weniger Nahrung zu sich nehmen oder auf einzelne Mahlzeiten ganz verzichten. Gegen Mundraub verzweifelter Menschen wiederum gehen die ultrarechten ukrainischen Milizen, die in Nationalgarde und Streitkräfte integriert wurden, rigoros vor: Menschen, denen Diebstahl vorgeworfen wird, werden zur Abschreckung teilweise entkleidet, mit Farbe beschmiert und öffentlich an Laternenpfähle gefesselt.[14]

[1] Ukraine-Krieg: Bundesregierung plant „Getreidebrücke“. handelsblatt.de 25.04.2022.

[2] Deutschland will Bündnis gegen Hunger schmieden. spiegel.de 20.04.2022.

[3] Vergebliches Warten auf Corona-Impfstoff. deutschlandfunknova.de 15.09.2021.

[4] Will Habeck Impfpatente noch freigeben? zdf.de, 03.02.2022.

[5] Özdemir fordert mehr Waffen für Ukraine. n-tv.de 17.04.2022.

[6] Ukraine war: World Bank warns of ‘human catastrophe’ food crisis. bbc.com 21.04.2022.

[7] Hunger und soziale Unruhen – was der Ukraine-Krieg für Afrika bedeutet. manager-magazin.de 22.04.2022.

[8] Krieg, Schulden, Mangel, Hunger. tagesschau.de 23.04.2022.

[9] Ukraine-Krieg verschärft Hunger im Libanon. dw.com 25.04.2022.

[10] Global wheat production: How will the Russia-Ukraine war impact food exports? en.as.com 25.04.2022.

[11] Rice for Millions Put at Risk as Fertilizer Prices Hammer Peru. bloomberg.com 06.04.2022.

[12] How has the Russia-Ukraine war devastated Ecuador's banana industry? euronews.com 06.04.2022.

[13] „Im ganzen Land spielt sich eine nie dagewesene Katastrophe ab“. tagesspiegel.de 22.04.2022.

[14] Gerrard Kaonga: Ukraine Citizens Tie Alleged Looter to Pole With Pants Down as Punishment. newsweek.com 08.03.2022.

Amerika treibt Europa in einen Atomkrieg

Kanzler Olaf Scholz im Würgegriff der Hasardeure von Washington: Ein Verhandlungsfrieden mit Moskau wird immer dringlicher.

Oskar Lafontaine

Im Ukraine-Krieg geht es in Wirklichkeit um eine Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland. In seinem 1997 veröffentlichten Buch «Die einzige Weltmacht» lobt der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, den beispiellosen Militärapparat der USA als den einzigen, der einen weltweiten Aktionsradius habe. Natürlich seien Russland und China mit der amerikanischen Hegemonie nicht einverstanden. Daher müssten die USA alles tun, um keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen könne.

Die Ukraine sei bei der Verfolgung dieses Ziels der geopolitische Dreh- und Angelpunkt. Ohne die Ukraine sei Russland kein eurasisches Reich mehr. Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlange Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges, Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.

Ergänzt man diese Überlegungen um die Kernaussage eines Vortrags, den der Chef von Stratfor, George Friedman, am 3. Februar 2015 in Chicago gehalten hat, nach der es das Hauptziel der US-Politik seit Jahrhunderten sei, sicherzustellen, dass es keine Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland gibt, dann weiss man, was das Ziel der Nato-Osterweiterung war.

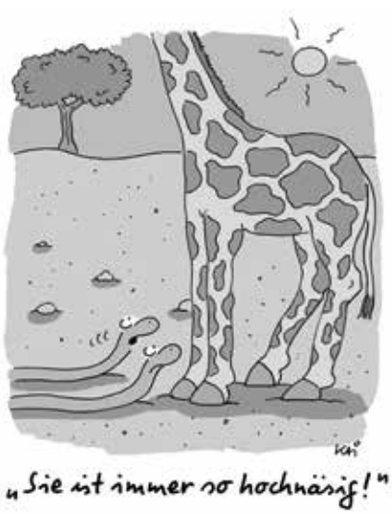
Milliarden für eine Marionette

Man versteht auch, warum die stellvertretende Aussenministerin der USA, Victoria Nuland, vor Jahren freimütig zugab, dass die USA fünf Milliarden Dollar ausgegeben hätten, um eine ihnen genehme Marionettenregierung in Kiew zu installieren. Es wird dann auch klar, warum Washington seit Jahren alles unternimmt, um die Lieferung von Kohle, Öl und Gas aus Russland nach Europa zu verhindern.

or diesem Hintergrund ist es auch mehr als plausibel, wenn der renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs davor warnt, dass die US-Strategie auf einen langen Krieg in der Ukraine mit Tausenden von Toten hinauslaufe. Er empfiehlt Europa, einen eigenen Weg zu gehen und eine neutrale Ukraine mit einer Autonomie für den Donbass als Verhandlungslösung ins Gespräch zu bringen. Es ist erstaunlich, in welchem Ausmass Politiker und Journalisten in Europa, vor allem in Deutschland, diese geostrategischen Zusammenhänge nicht erkennen und blind der brandgefährlichen US-Strategie einer weiteren Anheizung des Ukraine-Kriegs folgen. Brandgefährlich, weil die USA offensichtlich den Rat ihres ehemaligen Präsidenten John F. Kennedy nicht befolgen wollen, nach dem man eine Atommacht niemals in eine Situation bringen dürfe, aus der sie keinen gesichtswahrenden Ausweg mehr finde.

Es ist erstaunlich, in welchem Ausmass Politiker in Europa blind der brandgefährlichen US-Strategie folgen.

Es ist ein grosser Nachteil, dass in Deutschland jetzt eine Regierung die Verantwortung trägt, in der die führenden Politiker wenig aussenpolitische Erfahrung haben. Dazu kommt, dass die grösste Oppositionspartei, die CDU, vom ehemaligen Blackrock-Lobbyisten Friedrich Merz geführt wird, dessen früherer Arbeitgeber prächtig am Anstieg der Aktienkurse der Rüstungskonzerne mitverdient.



Der SPD fehlen Entspannungspolitiker, die wie Brandt oder Bahr noch wussten, dass Sicherheit in Deutschland und Europa nur gemeinsam mit der Atommacht Russland erreicht werden kann. Auch in der FDP ist weit und breit kein Politiker von der Statur Hans-Dietrich Genschers zu sehen, der als Aussenminister stets die Gefahr eines auf Europa begrenzten Nuklearkriegs im Auge hatte. Selbst Guido Westerwelle hatte noch den Mut, beim Überfall auf Libyen den USA die kalte Schulter zu zeigen. Welchem FDP-Politiker würde man das heute noch zutrauen?

Baerbocks faschistoide Sprache

Die konsequentesten und gefährlichsten US-Vasallen in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag sind die Grünen, deren einstiger Vormann Joschka Fischer mit seiner späteren Geschäftspartnerin Madeleine Albright Deutschlands Beteiligung am völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg vorantrieb. Man dachte, es könne nicht schlimmer kommen, aber die neue Aussenministerin Annalena Baerbock bedient sich schon mal faschistoider Sprache und will Russland «ruinieren». Sie steht nach eigenem Bekunden auf den Schultern der kürzlich verstorbenen Madeleine Albright, die den Tod von 500 000 irakischen Kindern durch US-Sanktionen rechtfertigte. Man stelle sich das Geschrei der Grünen vor, wenn der russische Aussenminister Lawrow den Tod von 500 000 ukrainischen Kindern, mit welcher Begründung auch immer, rechtfertigen würde.

In dieser verfahrenen Situation ist es zu wenig, wenn Olaf Scholz Waffenlieferungen verzögert. Steigende Waffenlieferungen sind das Mantra der Biden-Regierung, die Russland um jeden Preis schwächen will, ohne Rücksicht auf die Toten, die bei fortdauernden Waffenlieferungen zu beklagen sein werden. Glaubt denn jemand ernsthaft, die Atommacht Russland könne es sich in der weltpolitischen Lage leisten, den Ukraine-Krieg zu verlieren? Die fanatischen Waffenlieferer im Bundestag werden, ob sie es begreifen oder nicht, mitverantwortlich sein für die täglich steigende Zahl der Toten. Wie lange soll der Krieg denn dauern? So lange wie

Cartoon: Kai Felmy

Politik der Konfrontation.

der Krieg in Afghanistan? Warum lernt die deutsche Politik nicht aus den Fehlschlägen der US-geführten Interventionskriege, an denen sich die Bundeswehr beteiligt hat?

Es gäbe eine, wenn auch geringe, Chance, wenn der wiedergewählte französische Präsident Emmanuel Macron mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz wie einst François Hollande und Angela Merkel den US-Kriegstreibern in den Arm fallen und eine Verhandlungslösung auf der Basis der schon von Wolodymyr Selenskyj befürworteten Vorschläge – Neutralität der Ukraine und Autonomie für den Donbass – anstreben würde. Der ukrainische Präsident wird dabei kein verlässlicher Partner sein, weil er immer wieder von den USA und den Rechtsextremen in der Ukraine unter Druck gesetzt wird.

Die Rivalität der Weltmächte USA, Russland und China zwingt Europa dazu, alles zu versuchen, um nicht in eine nukleare Auseinandersetzung dieser Grossmächte hineingezogen zu werden. Charles de Gaulle hatte diese Gefahr für Frankreich erkannt und daher eine Integration der französischen Streitkräfte in die US-geführte Nato abgelehnt, weil er sich nicht auf die Bereitschaft der USA verlassen wollte, im Falle einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion ihre Atomstreitkräfte auch dann einzusetzen, wenn Moskau mit einem Gegenschlag auf die grossen Städte der USA drohte. Daher bestand er darauf, dass Frankreich eine eigene Atomstreitmacht aufbaute. «Staaten haben keine Freunde, nur Interessen», war seine Maxime, und wenn es um Leben und Tod, also um Krieg, gehe, so seine Überzeugung, könne man die Entscheidung nicht anderen überlassen.

Warum lernt die deutsche Politik nicht aus den Fehlschlägen der US-geführten Interventionskriege.

Stabiler Frieden dank Entspannung

Ähnlich wie de Gaulle wusste auch Bundeskanzler Willy Brandt, dass er seine Politik des Friedens und der Entspannung nur gegen Widerstände Washingtons durchsetzen würde. Überzeugt davon, dass nur so der Frieden in Europa gesichert werden könne, setzte er seine Ostpolitik Schritt für Schritt um. Die USA waren sehr verärgert, wie ein Telefonat Henry Kissingers mit Richard Nixon bewies, in dem Kissinger unverhohlen Willy Brandt den Krebs an den Hals wünschte.

Zurzeit wird in Deutschland eine abenteuerliche Diskussion geführt. Die Entspannungspolitik, der Versuch einer guten Zusammenarbeit mit Russland, sei die Ursache für die jetzige Entwicklung. Selten wurde die Wahrheit so auf den Kopf gestellt. Noch nie wurde so deutlich, in welchem Ausmass die US-Propaganda die Medien und die politische Debatte in Deutschland bestimmt. Die Wahrheit ist eine andere. Mitte der sechziger Jahre begann die Entspannungspolitik, sie führte zu einem stabilen Frieden in Europa und bewirkte den Fall der Mauer und den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland und Osteuropa. In den neunziger Jahren begann die Politik der Konfrontation mit der Nato-Osterweiterung und der zunehmenden Einkreisung Russlands. Sie führte zum völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg und zum ebenfalls völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine.

Wenn es nicht bald gelingt, einen Verhandlungsfrieden zu erreichen, steigt die Gefahr eines Nuklearkriegs, weil die Verantwortlichen in Moskau mit dem Rücken zur Wand stehen und die Hasardeure in Washington seit Jahren glauben, man könne einen Nuklearkrieg auf Europa begrenzen.

Oskar Lafontaine war Vorsitzender der SPD und Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland.

Illustration: *Weltwoche*; Bilder: Buch&Bee/Adobe Stock, Nickolay Belevtsov/Shutterstock

ge, man würde ihn dadurch womöglich rechtfertigen. Um darüber nachzudenken, wie politische Lösungen aussehen können, ist es aber zwingend nötig, auf dessen Ursachen einzugehen. Tatsächlich sind diese, davon kann man ausgehen, durchaus allen Verantwortlichen im Westen bekannt − auch wenn sie heute bei uns auf eine verquere Art geleugnet werden.

An Warnungen von prominenten westlichen Außenpolitkern und Konfliktforschern, dass die expansive und aggressive Politik der NATO gegen Russland in einem Krieg enden werde, war ja bekanntlich kein Mangel. Insbesondere die Zugehörigkeit der Ukraine zur NATO musste − daran bestand kein Zweifel − von Russland als große, gar existentielle Bedrohung gesehen werden− unabhängig davon, wer es regiert.

Mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, mit denen die USA ab nächstem Jahr beginnen wollen, wird sie nochmal drastisch verschärft. Selbst durch ihre Lage vor vergleichbaren Bedrohungen geschützt, können sie mit ihnen, aus dem Baltikum oder Polen abgefeuert, in kurzer Zeit Ziele bis weit hinter den Ural zerstören.

Die Hyperschallrakete „*Dark Eagle*", die ebenfalls kommen soll, könnte Moskau von Deutschland aus in zehn Minuten erreichen und von der Ukraine aus in vier. Wladimir Putin sprach in seiner Rede am 21. Feb. im Hinblick darauf von einem drohenden *„Messer am Hals".*

Die russische Regierung hatte bekanntlich im Dezember nochmal einen Versuch unternommen, die Lage durch vertragliche Vereinbarungen zu entspannen. Doch die USA und ihre Verbündeten ließen Moskau erneut abblitzen.

Das alles rechtfertigt, wie schon gesagt, keinen Krieg, zeigt jedoch deutlich die Möglichkeiten für eine politische Lösung des Konfliktes auf. Die wesentlichen Punkte liegen offensichtlich auf der Hand: Eine Neutralität der Ukraine, die Akzeptanz der Abspaltung der Krim und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken. Durch entsprechende Angebote von Kiewer Seite wäre ein Waffenstillstand wahrscheinlich rasch erreichbar. Verhandlungen über den Rückzug der russischen Truppen könnten die NATO-Staaten durch Zugeständnisse bzgl. der berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands gute Erfolgsaussichten verschaffen.

Kompromisse blockiert

Bei den Verhandlungen in Ankara lag das, was Moskau verlangte und das worüber Selenski sich bereit erklärt hatte, zu reden, schon nahe beieinander. Doch Washington und London drängten ihn ganz offen nicht nachzugeben und verstärkten, zusammen mit ihren Verbündeten, ihre militärische Unterstützung.

Weder die politischen Verantwortlichen im Westen noch unsere Medien, die lautstark mehr Waffen fordern, interessiert es, ob für die Mehrheit der UkrainerInnen eine Verpflichtung zur Neutralität tatsächlich so schlimm wäre, dass sie bereit sind, dafür den Preis eines längeren Krieges, Tod und Verwüstung in Kauf zu nehmen; oder dafür, die Krim zurückerobern zu können − wohl wissend, dass die überwiegende Mehrheit ihrer Bewohner auf keinen Fall zurück will.

Doch wer die Geschichte der letzten 30 Jahre verfolgt hat, weiß natürlich, dass es in diesem Krieg um weit mehr geht als um die Ukraine, dass es den USA und der NATO darum geht, „Russland zu brechen", wie es der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger ausdrückte, als er 2015 eindringlich vor den großen Risiken einer solchen Politik warnte.

Militärisch werden die ukrainischen Truppen trotz verstärkter Aufrüstung den russischen weit unterlegen bleiben. Die Falken in Washington und anderen westlichen Hauptstädten setzen jedoch darauf, Russland möglichst lange zermürben zu können, und erinnern an Afghanistan − ein langjähriges, entsetzliches und absolut zynisches Szenario.

Kein Krieg auf dem Rücken der UkrainerInnen

Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen und zu verhindern suchen, dass Deutschland und die EU sich immer weiter in diesen Krieg hineinziehen lassen. Wir müssen klar machen, dass wer in dieser Situation Waffen liefert, um ukrainische Truppen zu ermuntern, weiter wacker gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen, nur für eine Verlängerung des Kriegs sorgt, für mehr Tote, mehr Zerstörung.

Natürlich appellieren wir zuallererst an die russische Regierung, den Krieg zu stoppen. Doch gleichzeitig verlangen wir auch von unserer eigenen Regierung und der EU, dringend Schritte zur Deeskalation zu ergreifen. Trotz Kriegsopfer und Gräuel führt an Gesprächen zwischen Russland und allen beteiligten Staaten kein Weg vorbei.

Wir fordern die Einstellung von Waffenlieferungen sowie auch ein Ende der umfassenden Wirtschaftsblockaden, die stets überwiegend der Bevölkerung schaden sowie den Konflikt verschärfen und in diesem Fall durch ihre Ausmaße sogar Auswirkung auf Energie- und Lebensmittelversorgung in der ganzen Welt haben.

Gemeinsame Sicherheit statt Aufrüstung

Wir müssen wieder zurück zu den friedenspolitischen Ansätzen der 90er Jahre, die durch die Expansionspolitik der NATO zu Grabe getragen wurden. Eine Friedenspolitik der vertrauensbildenden Maßnahmen, die zu Entspannung und Abrüstung führen muss, zu einem System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit, wie mit der Charta von Paris und folgenden Abkommen angestrebt worden war.

Wir sind entschieden dagegen, dass der Krieg nun zu einer beispiellosen Aufrüstung genutzt werden soll. Wir rufen zu einem breiten gesellschaftlichen Widerstand dagegen auf, dass zukünftig Jahr für Jahr Zig weitere Milliarden fürs Militär ausgegeben werden sollen. Hochrüstung verhindert keine Kriege, sondern macht sie wahrscheinlicher und verbrät Gelder, die dringend in anderen Bereichen gebraucht werden − für Bildung, Gesundheit, ein solidarisches Sozialsystem, Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Bekämpfung der weltweiten Armut.

Den Krieg durch Deeskalation und Verhandlungen beenden!

von Joachim Guilliard, Redebeitrag für den Ostermarsch Heidelberg am 16. April 2022

Foto: Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Wir haben immer dagegen protestiert, Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen. Daher verurteilen wir selbstverständlich den Krieg Russlands in der Ukraine scharf, so wie die Friedensbewegung auch die Kriege des Westens in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak und Libyen, Syrien und Mali verurteilt hat.

Unabhängig davon, wie Vorgeschichte und Umstände zu bewerten sind, kann es aus unserer Sicht keine Rechtfertigung für einen solchen Krieg geben.

Allerdings dürfen wir unsere Vorwürfe nicht ausschließlich an die Adresse Moskaus richten, sondern auch an die der NATO-Staaten. Denn dieser Krieg in Europa hätte verhindert werden können und hätte verhindert werden müssen, wie u.a. die deutsche Sektion von IALANA, der Internationalen Vereinigung von Juristen gegen Atomwaffen in einem Offenen Brief an Kanzler Scholz überzeugend darlegte, in dem sie ihn gleichzeitig aber auch als Völkerrechtsbruch verurteilt.

Gefährliche Eskalation

Dieser Krieg ist eine gewaltige Katastrophe, wie all die andern zuvor, vor allem natürlich für die direkt Betroffenen. Russland hat damit eine brachiale Zäsur in seinen Beziehungen zum Westen vollzogen und die NATO-Staaten halten mit militärischer Unterstützung für die Ukraine und umfassenden Wirtschaftsblockaden dagegen, mit Blockaden, die bereits Auswirkungen auf die Versorgungslage weltweit, vor allem in ärmeren Ländern des globalen Südens haben.

Tatsächlich sind wir damit faktisch bereits selbst im Krieg. Deutschland und seine NATO-Partner wurden längst zur Kriegspartei, direkt militärisch durch Waffenlieferungen und implizit auch durch den beispiellosen Wirtschaftskrieg den sie entfesselt haben, mit dem Ziel, wie es die grüne Außenministerin offen verkündete, „*Russland zu ruinieren*“.

Berichte über Gräuel und mutmaßliche Kriegsverbrechen häufen sich. Sie kommen von beiden Seiten − wahrgenommen werden jeweils aber nur die Meldungen über die der anderen Seite. Verifizieren lassen sie sich in der Regel nicht. Vorsicht ist bei aufwühlenden Fällen stets angesagt. Denn wie wir wissen, stirbt die Wahrheit im Krieg zuerst und gibt es starke Kräfte, die ein direkteres Eingreifen des Westens erwirken wollen.

Doch unabhängig davon müssen wir natürlich davon ausgehen, dass Gräueltaten begangen werden, von beiden Seiten − das gehört zum Wesen eines Krieges. Der einzige Weg sie zu verhindern, ist alles zu tun, um die Kampfhandlungen so schnell wie möglich zu stoppen.

Die Berichte über Gräuel werden hierzulande aber stattdessen zur weiteren Eskalation genutzt, bevor Untersuchungen von unabhängigen Ermittlern überhaupt begonnen wurden. Immer mehr Waffen, auch schwere, sollen geliefert werden und in der NATO wird auch immer wieder der Ruf nach sog. Flugverbotszonen laut − in Washington in einem Maße, dass Militärs aus dem Pentagon sich genötigt sehen, Lageanalysen an die Öffentlichkeit durchzustechen, die das Kriegsgeschehen weniger dramatisch und brutal zeichnen, um der Kriegshysterie etwas entgegenzusetzen.

Demnach hat die russische Armee z.B. in den ersten 24 Tagen weit weniger Bomben und Raketen abgeworfen als die USA im Krieg gegen den Irak 2003 am ersten Tag. Die Analysten des Pentagons sehen zudem auch keinerlei Anzeichen, dass die russische Armee jemals vorhatte die gesamte Ukraine zu besetzen. Sie schließen vielmehr aus dem Vorgehen der russischen Armee, dass es Moskau tatsächlich um die ausgesprochenen, begrenzten Ziele geht, und darum Verhandlungen für eine politische Lösung zu erzwingen.

Dabei sollte doch auch all denen, die ein noch stärkeres, gar direktes militärisches Eingreifen der NATO fordern, klar sein, wie brisant die Situation ist und wie groß die Gefahr, dass der Krieg sich zu einem großen Krieg in Europa ausweiten kann, in dem sich Atommächte gegenüber stehen.

Rasches Ende des Krieges nur über Verhandlungen möglich

Ungeachtet aller Empörung über den russischen Krieg, ein rasches Ende kann nur über Verhandlungen erreicht werden, wie auch der ehem. Bundeswehrgeneral Erich Vad vor kurzem betonte: Man müsse den Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Im Moment werde „sehr viel Kriegsrhetorik“ gemacht, doch „wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen“, müssten wir, so der langjährige sicherheitspolitische Berater von Angela Merkel, früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.“

Er warnt auch davor, Wladimir Putin zu dämonisieren und ihn „zum krankhaften Despoten“ abzustempeln, „mit dem man nicht reden könne“. „So völkerrechtswidrig und furchtbar der Ukraine-Krieg sei,“ stehe er „doch in einer Kette vergleichbarer westlicher Kriege jüngeren Datums.“ Im Irakkrieg und der darauf folgenden Besetzung des Landes seien bekanntlich Hunderttausende Zivilisten getötet worden.

Kenntnisse über Kriegsursachen für Lösungsansätze nutzen

Voller Empörung über den russischen Krieg wollen viele nicht über dessen Hintergründe reden, aus Sor-